

Stapf (OWiB)

KV-Nr.: 1941

Die Aufgabe besteht (ohne
Deckblatt) aus
7 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.

Polizeipräsidium
Polizeiinspektion 1
Verkehrskommissariat
August-Thyssen-Str. 39
47166 Duisburg

1

Polizeiinspektion 1 Wache Walsum
(Polizeibehörde)

Duisburg, 04.10.1995

Az. - PI 1 WV 682/95 - Ke

Geschlecht M = 1
W = 2 ☒

Jugendlicher = 1
Heranwachsender = 2 ☐

☒ Verkehrsvergehens-Anzeige

☐ Vernehmungsbogen

☐ Ordnungswidrigkeiten-Anzeige

Hegger
(Familienname, ggf. auch Geburtsname)*

Thomas
(Vorname)*

27.10.1966
(Geburtsdatum)* Duisburg
(Geburtsort, Kreis, Land)*

(Geburtsname der Mutter)

47137 Duisburg
(Postleitzahl, Wohnort, ggf. letzter Aufenthaltsort)*

Bergstr. 15
(Straße und Hausnummer)*

(Telefon)

deutsch
(Staatsangehörigkeit)*

ledig
(Familienstand)*

(Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder)

Versicherungskaufmann
(Beruf)

(monatliches Nettoeinkommen)

(Bei Jugendlichen Familienname, Vorname und Anschrift des gesetzlichen Vertreters oder Erziehungsberechtigten)

Führerschein Klasse 3 ausgestellt am 17.12.1984 durch SVA Duisburg

(Straßenverkehrsbehörde)

erweitert auf Klasse am durch

(Straßenverkehrsbehörde)

Führerschein zur Fahrgastbeförderung in ☐ KOM ☐ Taxi ☐ Mietwagen ☐ Krankenkraftwagen

ausgestellt am durch

(Straßenverkehrsbehörde)

Fahrlernerschein Klasse ausgestellt am durch

(Straßenverkehrsbehörde)

Tatzeit 04.10.1995, 21:00 Uhr Duisburg-Walsum, Franzstraße

(Tatort - Gemeinde, Stadt, Ortsteil, Straße)

Beteiligt als ☒ Führer ☒ Halter oder als

Pkw BMW, amtl. Kennzeichen DU-TH 686

(Amtliches Kennzeichen, Fahrzeugart, Fabrikat)

Führerschein wurde ☐ sichergestellt ☒ beschlagnahmt

Verletzte Bestimmungen § 21 StVG

Zeugen (Name, Vorname, Beruf, Anschrift), sonstige Beweismittel Z) POM Wiesel

A+Z) PHM Bartosch, beide Polizeiinspektion 1, Polizeiwache Walsum

Tatbestand, eigene Wahrnehmung des Anzeigenerstatters: Ja

Schilderung des Tathergangs siehe folgende Seite

Bartosch

Bartosch, PHM
(Unterschrift)

Am 04.10.1995 befuhr der Beschuldigte gegen 21.00 Uhr mit seinem Fahrzeug die Franzstr. in Duisburg-Walsum in südlicher Richtung. Aufgrund eines lichttechnischen Mangels an dem Fahrzeug wurde der Beschuldigte von PHM Bartosch und POM Wiesel angehalten und kontrolliert. Der Führerschein des Beschuldigten wurde kontrolliert und eine Verkehrscomputerabfrage durchgeführt. Bei dieser Computerabfrage stellte sich heraus, daß gegen den Beschuldigten mit Bußgeldbescheid vom 01.09.1995 des Oberkreisdirektors Borken ein einmonatiges Fahrverbot angeordnet worden war, der Beschuldigte den Führerschein bislang aber noch nicht in amtliche Verwahrung gegeben hatte. Der Führerschein wurde deshalb beschlagnahmt.

Bartosch
PHM Bartosch

PI 1-VV 682/95-Ke

Vermerk:

Frau Hintzen von der Bußgeldstelle Kreis Borken wurde telefonisch um Übersendung der Bußgeldakte gegen den Beschuldigten Thomas Hegger gebeten. Frau Hintzen teilte mit, daß die Akte dort derzeit benötigt werde, da ein Antrag des Beschuldigten vorliege. Sie sagte zu, den Verfahrensstand in den nächsten Tagen schriftlich mitzuteilen.

Duisburg, 10.10.1995

Keilholz, PK

Keilholz

4

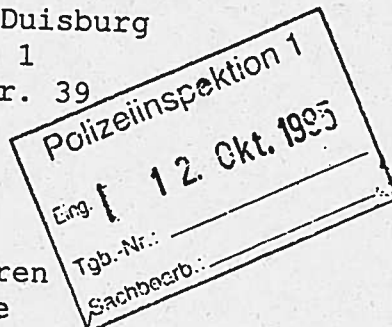
KREIS BORKEN

DER OBERKREISDIREKTOR

Kreis Borken - 46322 Borken

Burloer Straße 93 - 46325 Borken

An das
Polizeipräsidium Duisburg
Polizeiinspektion 1
August-Thyssen-Str. 39
47166 Duisburg



Ermittlungsverfahren
PI 1 VV 682/95 -Ke
Thomas Hegger, Bergstr. 15, 47137 Duisburg
Vorfall vom 04.10.1995

Amt: 32.4-Bußgeldstelle	
Auskunft erteilt:	
Frau Hintzen	
Zimmer-Nr.: 20 33	Telefondurchwahl: 82 20 33
Aktenzeichen: 324020883	Datum: 11.10.1995

Auf Anfrage wird zum Stand des Bußgeldverfahrens gegen Thomas Hegger, Bergstr. 15, 47137 Duisburg, hiesiges Az. 324020883, folgendes mitgeteilt:

Gegen den Betroffenen wurde mit Bußgeldbescheid vom 01.09.1995 (wegen zu geringem Abstand, §§ 24 StVG, 4 Abs.1, 49 StVO, Nr.6 BKat.) eine Geldbuße gemäß § 17 OWiG in Höhe von DM 250,- festgesetzt und ein Fahrverbot von einem Monat gemäß § 25 StVG angeordnet.

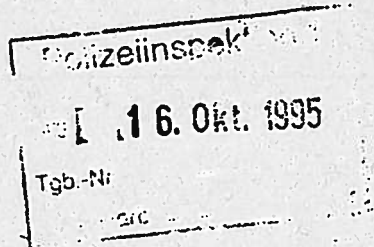
Der Bußgeldbescheid wurde dem Betroffenen ausweislich der Postzustellungsurkunde am 08.09.1995 durch Niederlegung zugestellt. Am 27.09.1995 holte der Betroffene den bei der Post niedergelegten Bußgeldbescheid ab. Noch am gleichen Tag legte er gegen den Bußgeldbescheid Einspruch ein und stellte gleichzeitig einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Über den Einspruch und den Wiedereinsetzungsantrag ist durch Bescheid des Oberkreisdirektors vom 09.10.1995 entschieden worden. Der Wiedereinsetzungsantrag und der Einspruch sind darin verworfen worden. Gegen diesen Bescheid hat der Betroffene bereits einen Antrag gemäß § 62 OWiG auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Über diesen Antrag ist derzeit vom Amtsgericht noch nicht entschieden.

Im Auftrag
Hintzen
Hintzen

5

DR. JOCHEN KLAPPKÖTTER MARTINA KLAPPKÖTTER – REINDERS
RECHTSANWÄLTE

Dr. J. Klappkötter • M. Klappkötter-Reinders • Gabelsbergerstr.3 • 47137 Duisburg



47137 Duisburg
Gabelsbergerstr.3
Telefon 0203/668001
Telefax 0203/668002

Bankkonto:
Stadtsparkasse Duisburg
BLZ 350 500 00
Kto.-Nr. 100 174 166

An das

Polizeipräsidium Duisburg
Polizeiinspektion 1
August-Thyssen-Str. 39

47166 Duisburg

Duisburg,
13.10.1995

PI 1 WV 682/95 –Ke
Thomas Hegger, Bergstr. 15, 47137 Duisburg
Vorfall vom 04.10.1995

Sehr geehrte Damen und Herren,

kraft erteilter Vollmacht vertrete ich anwaltlich die Interessen des Herrn Thomas Hegger, Bergstr. 15, 47137 Duisburg.

Namens und kraft Vollmacht des Beschuldigten erkläre ich, daß der Beschuldigte von seinem Recht, die Aussage zu verweigern, Gebrauch macht.

Rechtsanwalt

PI 1-VV 682/95-Ke

1. Vermerk:

Auf fernmündliche Nachfrage teilte Frau Hintzen, Bußgeldstelle Kreis Borken, mit, daß in der Bußgeldsache gegen den Beschuldigten das Amtsgericht Borken am 16.10.1995 über den Antrag des Beschuldigten auf gerichtliche Entscheidung nunmehr entschieden hat. Das Amtsgericht hat den Antrag als unbegründet verworfen und die vom Oberkreisdirektor Borken getroffene Entscheidung (Verwerfung des Wiedereinsatzantrages und des Einspruchs) bestätigt.

2.

U.m.A.

der Staatsanwaltschaft Duisburg

zur weiteren Veranlassung.

Duisburg, 17.10.1995

Keilholz
Keilholz, PK

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen.

Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, daß diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Falle einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Es ist davon auszugehen, daß der Bußgeldbescheid vom 01.09.1995 mit einer ordnungsgemäßen Rechtsmittelbelehrung versehen war und die Zustellung ordnungsgemäß erfolgt ist.

17/10

KV 1941

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Strafsache ./.. Axel Thomas, Az. 71 Js 1170/95 StA Duisburg
Dieser Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlaßt haben, die Aufgabe als Aktenvortrag auszugeben.

Der Beschuldigte dürfte des Fahrens ohne Fahrerlaubnis gemäß § 21 Abs. 1 Nr.1 StVG hinreichend verdächtig sein.
Der Beschuldigte führte am 04.10.1995, als er von der Polizei angetroffen wurde, ein Kraftfahrzeug, obwohl ihm zu diesem Zeitpunkt das Führen des Fahrzeugs nach § 25 StVG verboten war. In dem Bußgeldbescheid vom 01.09.1995 war gemäß § 25 Abs.1 StVG ein einmonatiges Fahrverbot gegen den Beschuldigten angeordnet worden. Dieses Fahrverbot war zum Zeitpunkt der Fahrt am 04.10.1995 bereits wirksam. Gemäß § 25 Abs.2 S.1 StVG wird das Fahrverbot mit der Rechtskraft der Bußgeldentscheidung wirksam. Hier ist der Bußgeldbescheid am 08.09.1995 dem Beschuldigten gegen Postzustellungsurkunde durch Niederlegung ordnungsgemäß - wie sich aus dem Bearbeitervermerk ergibt - zugestellt worden, §§ 50 Abs.1 S.2, 51 Abs.1, Abs.2 OWiG, §§ 3 VwZG NW, 182 ZPO. Mit der ordnungsgemäßen Zustellung am 08.09.1995 begann die zweiwöchige Einspruchsfrist des § 67 Abs.1 S.1 OWiG zu laufen. Das Datum der tatsächlichen Kenntnisaufnahme des Beschuldigten vom zugestellten Bußgeldbescheid am 27.09.1995 ist für den Beginn der Rechtsmittelfrist nicht maßgeblich, da es für die Wirksamkeit der Zustellung durch Niederlegung nicht auf die tatsächliche Kenntnisaufnahme ankommt (vgl. Thomas/Putzo, 20.Aufl., § 182 Rz.5). Mit Ablauf der Rechtsmittelfrist am 22.09.1995 wurde der Bußgeldbescheid rechtskräftig, so daß auch ab diesem Zeitpunkt das Fahrverbot wirksam wurde. Zwar befand sich der Führerschein des Beschuldigten noch nicht, wie in § 25 Abs.2 S.2 StVG vorgesehen, in amtlicher Verwahrung. Dies hat jedoch nur zur Folge, daß die einmonatige Verbotsfrist noch nicht zu laufen begann, § 25 Abs.5 S.1 StVG. An der Wirksamkeit des Fahrverbots ändert auch nichts, daß der Beschuldigte am 27.09.1995 gegen den Bußgeldbescheid Einspruch eingelegt und hinsichtlich der versäumten Einspruchsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gemäß §§ 52 Abs.1 OWiG, 44 StPO beantragt hatte. Der Antrag auf Wiedereinsetzung hindert nämlich den Eintritt der Rechtskraft und das Wirksamwerden des Fahrverbotes nicht, § 52 Abs.1 OWiG, 47 Abs.1 StPO (vgl. OLG Köln NJW 87, 80; Göhler, OWiG, 11.Aufl., § 52 Rz.46; Kleinknecht/Meyer-Goßner, 42.Aufl., § 47 Rz.2, jeweils für das Fahrverbot nach § 44 StGB). Da der Beschuldigte, als er am 04.10.1995 ein Fahrzeug fuhr, von dem wirksamen Fahrverbot Kenntnis hatte, handelte er auch vorsätzlich iSv § 21 Abs.1 Nr.1 StVG.
Die StA dürfte gegen den Beschuldigten wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis gemäß § 21 Abs.1 Nr.1 StVG den Erlass eines Strafbefehls beantragen oder Anklage beim Amtsgericht-Strafrichter erheben. Da zu erwägen ist, dem Beschuldigten wegen des Fahrens ohne Fahrerlaubnis die Fahrerlaubnis gemäß § 69 StGB zu entziehen, dürfte eine Einstellung des Verfahrens nach § 153 a StPO nicht in Betracht kommen.

Textkontrolle: StVG, StGB, OWiG, StPO, VwZG NW